

An die Vertreter der Ansbacher Presse

11.05.2009

Pressemitteilung zur aktuellen Berichterstattung zum Karlsplatz

Bürgerbegehren gegen Karlsplatz-Sanierung

Formfehler stoppt Bürgerbegehren!

Liegt hier neben einem Formfehler nicht auch ein Denkfehler vor?

Die Ansbacher Bauverwaltung stellte nach einer genauen Untersuchung fest, dass die Verkehrssicherheit des Karlsplatzes nicht mehr gegeben ist. Durch den schlechten Zustand des Platzes besteht eine hohe Verletzungsgefahr für Fußgänger, bei der die Stadt haftbar gemacht werden kann. Wir Stadträte können bei diesem Wissen nicht einfach wegsehen, sondern müssen handeln: Der Karlsplatz muss saniert werden.

Doch unsere Parkplatzfetischisten von der CSU wiegeln ab. „So schlecht ist der Karlsplatz gar nicht beieinander!“ - obwohl der Baureferent gerade mitgeteilt hatte, dass der marode Kanal unter dem Karlsplatz wieder einmal eingebrochen war und provisorisch geflickt wurde. Die Kosten für die Generalsanierung des Platzes liegen bei 675.000 €, wobei für die Stadt nach Abzug der Förderung etwa 280.000 € anfallen. Damit wäre der Platz für die nächsten Jahrzehnte wieder in Ordnung. Die Förderung von fast 400.000 € erhält die Stadt aber nur, wenn durch die Sanierung eine deutliche Verbesserung der Aufenthaltsqualität erzielt wird. Eine Reparatur der schlimmsten Stellen kommt in den nächsten 3 Jahren auf 150.000 €, aber nur, wenn der Platz immer wieder mit Teerflecken ausgebessert wird. Aber das will ja doch wohl keiner - oder?

Wenn dieses Flickwerk gepflastert werden soll, steigen die Kosten um rund ein Drittel. Dieses „Ausbessern“ würde Jahr für Jahr anfallen! Für die Stadt Ansbach würden dadurch nahezu die gleichen Kosten anfallen, wie für die Generalsanierung.

Mit dem Unterschied allerdings, dass dann nach wie vor der Untergrund nicht in Ordnung wäre und somit die erforderliche Sanierung nur hinausgeschoben würde.

Ohne entsprechende Baumaßnahmen müssten weite Bereiche des Karlsplatzes gesperrt werden um Verletzungsgefahren auszuschließen. Es blieben daher mit Sicherheit deutlich weniger nutzbare Parkplätze übrig.

Wenn jetzt durch ein Bürgerbegehren die Sanierung gestoppt würde, werden die Initiatoren und unterstützenden Anlieger schnell feststellen, dass sie sich ins eigene Fleisch geschnitten haben.

Schlichtweg unmöglich findet die SPD-Fraktion ganz besonders die Haltung der CSU. Weil diese nicht offen gegen eine demokratisch gefasste Entscheidung vorgehen will, jedoch eine mehrheitlich gefasste Entscheidung nicht akzeptiert, missbraucht sie für ihre Zwecke eine gesundheitlich angeschlagene Frau. Und dann lässt die CSU Frau Kömnick mit den rechtlich unkorrekten Listen auch noch ins offene Messer laufen!

Für die Fraktion

Michael Gowin